

# Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1263.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Krüger, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Albstadt

Legungpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1760.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 300.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weitzingerpl. 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weitzingerpl. 10. Tel. 25261. Verkaufsstelle von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die 8spaltige Nonpareilzeile 1600.— M., auswärts 2000.— M., bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung, Familienangehörige, Sirenen- u. Rettungsringe 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 150 Proz.

Nr. 89

Dresden, Dienstag den 17. April 1923

34. Jahrg.

## Die Sozialdemokratie fordert ein direktes Angebot

Der Weg zu Verhandlungen und zur Sicherung des dauernden Friedens — Passive und negative Haltung der Cuno-Regierung

SPD. Ende der vergangenen Woche tagte im Ruhrgebiet eine Konferenz der Bergarbeiter, die in einer einstimmig angenommenen Resolution die Regierung ersuchte, ihren Plan zur Lösung der Reparationsfrage zur internationalen Erörterung zu stellen. Man hätte annehmen sollen, daß Herr Rosenberg in seiner am Montag gehaltenen Rede zur außenpolitischen Lage diesem Verlangen jenes Teils der Arbeiterschaft, der im Ruhrgebiet in vordester Linie den Abwehrkampf führt, Rechnung tragen würde. Das ist nicht geschehen! Die Rede des gegenwärtigen Außenministers war rein negativ und politisch gleichgültig, weder brachte sie die erwünschte Klärung der Situation, noch ist von ihr eine Verschärfung der politischen Lage zu erwarten.

Herr Rosenberg hat manches zweifellos richtige Dokument benutzt, um Frankreichs annexionsistische Pläne zu beweisen. Wir haben nichts gegen diese Art der Erwiderung auf die aus innerpolitischen Rücksichten diktierten Angriffe Poincarés einzuwenden. Wenn man sich aber schon mit Rücksicht auf die Deutschlandslage im allgemeinen der Tonart bedient, dann sollte man wenigstens neben dieser negativen Methode nicht das Positive vergessen. Positiv ist aber nicht die Phrase Rosenbergs, der keine Möglichkeit vorübergehen lassen will, die zum Frieden führt, ohne hierfür auch nur den geringsten Beweis zu erbringen. Positiv wäre die Rede des Außenministers gewesen, wenn er sich die Mühe gegeben hätte, einen Weg zu weisen, wie man unter Berücksichtigung der französischen- und englischen Forderungen, Vorschläge zu machen, zu Verhandlungen kommt. Das hat Herr Rosenberg im Einverständnis mit dem Reichstanzler unterlassen. Er hat damit der deutschen Sache an der Ruhr keinen guten Dienst erwiesen.

Da negative Ausführungen der Regierung stelle unser Genosse Müller als erster Diskussionsredner ein positives Programm zur Lösung des Konfliktes gegenüber. Er stellte das Plenum des Reichstages und die Tribünen wesentlich mehr als der geistreich redende Reichsaußenminister. Nach Überprüfung der allgemeinen politischen Lage kam Müller zu dem Ergebnis, daß die Möglichkeit besteht, einen Vorschlag an die Entente anzubringen, dessen Grundlage eine Kombination zwischen dem letzten Pariser Angebot und dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes ist. Im Namen seiner Freunde zog er jedoch ein direktes Angebot mit genauen Angaben, ohne Hinweis darauf, daß die deutsche Leistungsfähigkeit im Eventualfall von einem internationalen Finanzkomitee festgestellt werden soll, vor. Dieses Angebot müsse den Wiederaufbau Frankreichs ermöglichen, die Gläubigern, die ihre Schuld mobilisieren, Garantien geben, schließlich aber auch auf die deutsche Leistungsfähigkeit Rücksicht nehmen. Mit viel Geschick widerlegte unser Fraktionsredner die gegen ein direktes Angebot von den Rechtsparlamenten erhobenen Einwände. Nicht was behauptet wird, sei in der Politik maßgebend, sondern was wahr ist. Deshalb könne ein deutsches Angebot nicht als Schwäche angesehen werden. Ein Zeichen der Schwäche in unserem Vorschlag zu vermeiden, sei übrigens Pflicht der Regierung.

Müllers Ausführungen fanden nicht den ungeteilten Beifall der ihm folgenden bürgerlichen Redner. Sowohl der Sprecher des Zentrums, Dr. Ruge, wie der Redner der Deutschnationalen, die vorsichtigerweise den gemäßigten Professor Nöcker vorgeschickt hatten, war im allgemeinen mit der Regierungspolitik einverstanden. Damit tragen die bürgerlichen Parteien ausschließlich die Verantwortung für alles Kommende.

### Deutscher Reichstag

834. Sitzung. Montag den 16. April, nachm. 2 Uhr  
Am Regierungstisch das gesamte Reichskabinett unter Führung des Reichstanzlers. Die Tribünen sind fast besetzt.  
Zweite Lesung des Haushaltsplans des künftigen Amtes.  
Für den Haushaltsanschlag berichtet Abg. Gorchs (Dnat.). Alsdann erhebt das Wort  
Reichsminister des Innern Dr. von Rosenberg:  
Eine Frage solcher unübersehbarer Probleme hat uns der Weltkrieg ausgebreitet und drückt mit einem Gewicht auf Deutschland, dessen Schwere wir täglich empfinden. Wer an dem Fortschritt in unsern auswärtigen Beziehungen fortzubauen hat, wird sich von der Mission freihalten müssen, als besäßen wir viele Freunde in der Welt. (Sehr richtig!) Den wenigen, die uns in den Stunden der Not treu geblieben sind, darf ich auch in dieser Stunde ein Wort des Dankes zurufen. (Lebhafte Beifall.) Der Glaube an Deutschland und das deutsche Volk gab uns die Kraft, waffenlos dem französischen Einbruch in das Ruhrgebiet entgegenzutreten. Jährlich sind die Opfer. Der Ausgang des ungleichen Kampfes wird von welgeschichtlicher Tragweite sein. Gelänge es Frankreich, was nicht der Fall sein wird, die waffenlose Bevölkerung auf die Arnie zu zwingen, so

wäre der Militarismus für alle Zeiten Trumpf und für den Gang der Weltgeschichte wäre künftig nur noch die Zahl der Bajonette entscheidend. Gewiß ist aber der Waffenlose als unüberwindlich, so ist der Beweist erbracht, daß die Macht feigerischer Mordungen und militärischer Gewalt ihre schließliche Wille eines Volkes mehr ist und stärker ist als Kanon und Maschinengewehr. Am Rhein und an der Ruhr wird nicht um Gold und Rohle, sondern um Fortschritt oder Rückgang des Rechts- und Friedensgebens gerungen. (Sehr wahr!) Der Vertrag von Versailles verfolgt angeblich das Ziel, einen festen, ge-

rechten und dauerhaften Frieden herzustellen, zu welchem Zweck die allgemeine Abrüstung dienen soll, mit der Deutschland den Anfang machen mußte. Aber während wir abzurüsten, wurde dem andern Kontrahenten seine Rüstung nicht verringert, sondern er konnte sich die stärkste Kriegsmacht der Welt aufbauen und mit ihr mitten im Frieden in das tatsächlich waffenlose Gebiet des andern eindringen. Gäbe das Dokument wirklich solche Rechte, so würde das darauf hinauslaufen, daß zwar der Krieg auf der ganzen Linie beendet, daß er aber in einem Fall statthaft ist, nämlich, wenn es sich darum handelt, Schulden einzutreiben. Unser einziges Ziel in diesem Ringen ist

ein reines Verteidigungsziel; darum sind auch unsere Abwehrmaßnahmen rein defensiv. Kraft und Erfolg unserer Abwehr hängen davon ab, daß es so bleibt. (Sehr gut!) Wir wollen mit Standhaftigkeit zur Freiheit, die schwer befaßt sein wird mit Leistungen, die bis an die Grenzen unserer Kraft gehen, an deren Erfüllung aber das deutsche Volk glauben muß, um sie erfüllen zu können. (Sehr gut!) Frankreich mußte Vorschläge zur Regelung der Streitigen Fragen und zur Schaffung des Friedenspaktes machen, die es nicht gemacht hat. Auf der Konferenz im Januar hat man es nicht einmal unsern Vorschlag zur Kenntnis genommen. Es handelte sich um

ein festes Angebot von 20 Milliarden Mark, zu 5 Prozent verzinslich und nach Möglichkeit im Wege einer internationalen Anleihe aufzubringen. Diese 20 Milliarden sollten sich nach vier und acht Jahren um je 5 Milliarden auf zusammen 30 Milliarden erhöhen, wenn das internationale Anleihe-Konkordatium die Leistungsfähigkeit Deutschlands als gegeben anerkennt. Das war das, was wir im besten Falle übernehmen zu können glaubten. Inzwischen hat der Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet stattgefunden und Deutschlands Fähigkeit zur Zahlung von Reparationen verringert. Ich glaube, daß die Lösung, die eines Besonderen deutschen Projekts ihren Ausgang nehmen wird.

Deutschland ist bereit und gewillt, zur Erfüllung seiner Reparationspflicht zu arbeiten, zu opfern und zu zahlen, was immer in seiner Kraft steht.

Dies ist der Inhalt, aber auch die Grenze seiner Verpflichtung, sie wird erfüllt werden. Wer will, solange der französische Forderungen nicht aufgehört hat, zahlenmäßig die Leistungen anzuerkennen werden können, so kann und will sich die Regierung bei diesem negativen Ergebnis nicht beruhigen. Sie hat nach an der n Augenblick, in dem sie steht und mit ihr Europa zu kritisieren droht. Wir haben die wichtigsten an Europas Schicksal interessierten, aber nicht unmittelbar am Ruhrkonflikt beteiligten Mächte davon in Kenntnis gesetzt, daß wir von einem bekannten Staatsmannlichen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommissionen autorisiert zu übertragen, zu gehen bereit sind. Diese Kommissionen, an der auch Deutschland und Frankreich mit voller Gleichberechtigung teilnehmen, hätte folgende Fragen zu beantworten: 1. Was hat Deutschland bisher geleistet? 2. Was kann und soll Deutschland noch leisten? 3. Auf welche Weise können diese Leistungen bewerkstelligt werden? Wird dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten, so wäre die Reichsregierung bereit, an den internationalen Kapitalmarkt wegen

Bewilligung einer möglichst großen Anleihe heranzutreten, die von Deutschland mit jeder von dem Anleihe-Konkordatium als nötig bezeichneten Sicherheit auszusichern und an Frankreich oder die Alliierten als sofortiger harter Vorbehalt zu behändigen sein würde. Die Regierung ist überzeugt, und würde erforderlichenfalls durch geeignete Maßnahmen auch auf gesetzlichem Wege dafür sorgen, daß die deutschen Industrie- und Wirtschaftskreise ihre Kraft in den Dienst der so auf das Erfüllbare zurückgeführten deutschen Reparationspflicht stellen. Die auf amerikanische Anregung gefasste Resolution des zweiten Kongresses der Internationalen Handelskammer findet durch unsere Zustimmung in sich selbst. Die von uns angebotenen Leistungen waren stets auf Wirklichkeiten aufgebaut und sind stets erfüllt worden. Im Sommer 1919 boten wir 100 Milliarden, die Franzosen forderten 375. Zwei Jahre später in London näherte man sich bereits unserm Pariser Angebot und forderte 130 Milliarden, die deutsche Wirtschaft war aber inzwischen so geschwächt, daß wir nur noch 50 bieten konnten. Im Januar 1923 in Paris war man so weit, die von uns in London angebotenen 50 Milliarden zur Grundlage der Erörterungen zu machen. Aber die Zeit und die Entwicklung waren über unser Pariser Angebot hinweggegangen; was 1921 möglich war, konnte 1923 nicht mehr verwirklicht werden. Deutschlands Wirtschaftskraft bemost sich, solange die jetzigen Verhältnisse in Europa andauern, unrettbar und unentzerrbar auf absteigender Linie. Allerdings beginnt Frankreich wieder das Problem seiner angeblich bedrohten Sicherheit in die Debatte zu werfen. Anstatt von der Sicherung Frankreichs zu sprechen, läge es näher, zu untersuchen, wie sich die Wiederkehr ähnlicher

Attentate auf die Souveränität des Deutschen Reiches verhindern läßt. (Lebh. Zustimmung) und welche Garantien Frankreich im Interesse der Befriedung Europas und einer ruhigen Entwicklung der deutschen Verhältnisse zu gewährleisten bereit ist. Pläne, die sich mit der Errichtung eines selbständigen rheinischen Bundesstaates oder der Übertragung von Verwaltungsbefugnissen auf internationale Organisationen beschäftigen, sind für die militärische Sicherheit Frankreichs wertlos und für uns unbillig. Die Rheinlande und die Nebenländer sind und bleiben deutsch. Unannehmbar ist für uns das System der etappenweisen Räumung des Einbruchgebietes. Auch die letzte Rede des Herrn Poincaré des Danks war eine Predigt der Gewalt, mit der er dem Verteidigungsgebanten einen schlechten Dienst erwiesen hat. Ein Ver-

hängnis ist es, daß seit Jahrhunderten Frankreich und Deutschland nie zu einem rechten Frieden gelangen konnten. Die Völker Deutschlands und Frankreichs haben nur eine Wahl: entweder miteinander zu leben oder miteinander unterzugehen.

Solange Frankreich sich nicht dazu entschließt, Deutschlands Recht auf Freiheit und Existenz anzuerkennen, gibt es für uns nur ein: weiter die Hände aufeinander zu heben, zusammenzustehen und im Vertrauen auf unser Recht, gestützt auf die natürlichen Kräfte unsers Volkes, auf seinen Willen zum Leben und seine Liebe zum Land im Widerstand auszuweichen. (Lebh. Beifall und Gänkeklatschen bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Müller-Franken (Sog.):  
Der Herr Minister hat die letzte Rede Poincarés mit Aufmerksamkeit betrachtet, wozu wir ihm dankbar sein können. Der französische Ministerpräsident hat mit all den Requisiten gearbeitet, die uns aus der Kriegsgefahr her bekannt sind: Durchhalten, Durchhalten bis ans Ende, um Gottes willen keine Schwäche zeigen! Demals war die Folge, daß nicht nur die Westseite, sondern auch die Sieger am Ende des Krieges bankrott gewesen sind. Aufgabe der Politik muß es daher sein, bei der Liquidation des Ruhranleihepaktes dafür zu sorgen, daß denen, die bankrott geworden sind, die Wiederaufrichtung in der Zukunft ermöglicht wird. Ehe der Einbruch in das Ruhrgebiet liquidiert wird, wird es eine Befriedung Europas nicht geben. Die ganze Welt, insbesondere das Wirtschaftsleben, wird auf das höchste von den Folgen dieses Einbruchs beeinflusst. Trotzdem sehen wir, daß die mitleidenden Völker bisher nur wenig Anstrengungen gemacht haben, Europa aus dieser furchtbaren Situation herauszuführen. Der Völkerbund ist bisher nicht eingegriffen worden. Praktisch hätte das auch keinen Zweck gehabt, denn die französische und die belgische Regierung haben bisher nicht erklärt, daß sie auch eine Vermittlung des Völkerbundes nicht annehmen wollten. (Sehr richtig!) Das ist um des Völkerbundes willen zu bedauern, denn solange der Schützer des Völkerbundes, der doch der Völkerbund sein soll, sich solchen Einbrüchen gegenüber neutral verhält, kann der Völkerbund ein Ansehen nicht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen uns damit abfinden, daß es annehmend nicht zu viel Freunde Deutschlands in der Welt gibt. Wenn es anders wäre, dann wäre vier Jahre nach Abschluß dieses Krieges der Einbruch in das Ruhrgebiet abwendbar möglich gewesen wie die Rede des französischen Ministerpräsidenten in Dünkirchen. Wenn also auch von neutraler Seite nichts zu erwarten ist, so legt uns das die Pflicht auf, zu prüfen, ob nicht von deutscher Seite selbst

eine Politik gesteigerter Aktivität zu entfalten wäre. Wir dürfen hier nicht auf ein Wunder warten, das wäre keine Politik. (Sehr wahr! links.) Ein großes Aktivium ist es, daß sich der deutsche Widerstand passiv auf positive Reaktionen einstellt hat. Das hat uns wirklich Sympathien in der Welt eingebracht. Nicht alle Rechtsfreunde und Anhänger des Völkerbundes wünschen, daß dieser gewaltlose Widerstand gegenüber dem gewaltvollen Einbruch ins Ruhrgebiet und in die übrigen Gebiete Deutschlands zum Ziele führt? (Sehr richtig!) Dieser gewaltlose Widerstand war möglich, weil die Bevölkerung, die ihn

festsetzt von ihrem Recht überzeugt ist, und weil auf der andern Seite, wenn es zu einer Kapitulation käme, die Kapitulation die politische Berechtigung Deutschlands zum Ziele und die wirtschaftliche Berechtigung Deutschlands zur unbedingten Folge hätte. (Allseitiges Sehr richtig!) Herr Poincaré mag sich nicht täuschen: wenn dieser bewundernswürdige Mut der Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr noch weiter gezeigt werden muß, so wird er gezeigt werden! (Bravo!) Aber die Bevölkerung, die so Großes geleistet hat, besitzt das Recht, zu verlangen, daß

der Weg dieses Mut abgekürzt wird, soweit wir aus eigener Kraft dazu in der Lage sind. (Sehr wahr! bei den Sog.) Welche Mittel gibt es, um den französischen Militarismus wieder aus dem Ruhrgebiet herauszuwandern? Als völlig untauglich kommt dabei der aktive Widerstand in Betracht. (Sehr wahr! bei den Sog.) Er ist in der Lage der Deutschen fastlich unmöglich. Auch nach englischer Auffassung ist die passive Weigerung Deutschlands der beste Beweis dafür, daß seine Entlohnung in der Hauptsache durchgeführt ist. Herr Poincaré behauptet das Gegenteil, weil er es für seine Zwecke braucht. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, wie ungeheuerlich es ist, daß es angesichts solcher Strömungen in Frankreich gestern wieder vorkommen konnte, daß

in München 6000 Mann Hitler-Gardisten Feldkonzern abhalten konnten. Das ist geradezu Lieferung von Weidmaterial für die französischen Gewalttäter. (Sehr wahr! bei den Sog.) Wie lange will die bayerische Regierung diesen verbrecherischen Anzug noch dulden? Will sie nicht, wenn sie nicht den Mut aufbringen kann, dagegen einzuschreiten, lieber abdanken, als Deutschland fortwährend den Gefahren auszusetzen, wie das täglich in München geschieht? In Norddeutschland ist dafür gesorgt, daß die Bäume dieser Leute nicht in den Himmel wachsen. Die Ruhrbevölkerung hat jede Gelegenheit benutzt, um zu zeigen, daß sie mit solchen nationalitätlichen Treibereien nichts zu tun haben will. Sie fordert von der Regierung energische Maßnahmen, damit der Erfolg ihres Kampfes nicht

durch nationalitätlichen Böbel gefährdet wird. Der passive Widerstand steht, das stellen wir ausdrücklich fest, auch heute noch auf seiner Höhe und weil das der Fall ist, können wir getrosten Ruhes unsere Lage überprüfen. Wirtschaftlich und finanzpolitisch waren wir auf dem Wege der Gesundung. Unsere Eisenbahnen waren im Begriff, von der Defizitwirtschaft erlöst zu werden. Jetzt haben wir durch den Einbruch von Rohle aus hochindustriellen Ländern noch auf lange Zeit hinaus wieder ein Defizit, das den Haushalt der Eisenbahn völlig aus dem Gleichgewicht bringen würde. In unserer Finanzverwaltung sind wir